



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Dringen und draußen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

für Inlandlieferungen galten, beträchtlich niedriger als die deutschen Preise. Nach Mitteilungen aus Rotterdam bewegten sich im Juni 1919 die Preise für 1000 Ziegelsteine in Holland zwischen 25 und 31 Gulden; in Deutschland wurden für dasselbe Material zu dieser Zeit schon Preise bezahlt, die sich zwischen 80 und 150 Mark bewegten. Nach Angaben der „Westminster Gazette“ stieg in London der Preis eines Tuchanzuges von 5 Pfd. Sterling 10 Schilling am 1. Juli 1914 auf 8 Pfd. Sterling Mitte Juli 1919; in dieser Zeit war in Berlin schon der Preis für dasselbe Kleidungsstück von 60—100 Mark auf 600—700 Mark und mehr gestiegen. Wenn nun auch bei der enormen Verteuerung der deutschen Erzeugung noch andere Faktoren mitsprechen, wie beispielsweise die beträchtliche Verteuerung der Rohmaterialien, ferner die Einführung des achtfündigen Normalarbeitstages, die Abschaffung der Akkordarbeit usw., so spielt doch die rapide Steigerung der Arbeitslöhne keine unwesentliche Rolle. Heinrich Göhring



Drinne und draußen

Zur Abstimmung in Ostpreußen. Das polnische Pressebureau in Paris entfaltet schon jetzt eine sehr rege und auffällige Tätigkeit, um die Abstimmung in Ostpreußen zu diskreditieren. So beklagt eine im „Journal des Débats“ vom 12. April erschienene Mitteilung, daß die klare Haltung Frankreichs zur Ausführung des Friedensvertrages bei den Alliierten leider wenig Nachahmung finde, und daß ganz wie hinsichtlich des rechten Rheinufers Engländer und Italiener auch an der unteren Weichsel eine gefährliche Nachgiebigkeit gegen die Feinde von gestern an den Tag legten. Seit Ankunft der Kommission habe die deutsche Bedrückung nur zugenommen, und entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages sei die Zivilverwaltung immer noch in den Händen der preußischen Beamten geblieben. Unter diesen Bedingungen könne das Ergebnis der Volksabstimmung nur illusorisch sein. Nachdem dann „Liberté“ vom 15. April den Protest polnischer Blätter, darunter des Warschauer „Dziennik Powszechny“ gegen die angeblich zu frühe Festsetzung des Abstimmungsdatums, zitiert, und „Ordre Public“ vom gleichen Tage die Notwendigkeit auseinandergesetzt hat, daß Polen sich dem europäischen Frieden zuliebe an den Masurischen Seen eine strategische Basis zur Deckung von Warschau verschaffen müsse, kommt „Journal des

Débats“ vom 16. April noch einmal ausführlich auf die Sache zurück, indem es ganz wie der im „Ordre Public“ zitierte Abgeordnete Alfred Hermann die Aufrührerbewegung im Ruhrgebiet mit der Lage in Ostpreußen in kausalen Zusammenhang bringt und nochmals Klage darüber führt, daß infolge der gänzlich unzureichenden Machtmittel der interalliierten Kommission die gesamte Verwaltung in deutscher Hand geblieben sei und natürlich in Fortsetzung der Bismarckschen und Bülow'schen Traditionen die Polen auch weiterhin bedrückt würden. Alle antipolnischen Maßnahmen gingen auf die Berliner Zentrale, den „Bund der Heimattreuen Ostpreußen“, zurück. Man sei aber von seiten der Entente Polen eine loyale Haltung schuldig und habe ein gemeinsames Interesse daran, zu verhindern, daß der preußische Militarismus in seiner alten Hochburg wieder zu neuen Kräften komme. „Victoire“ vom 16. April wirft sogar den Engländern vor, daß sie ihre eigene, nur von Handelskrüchlingen diktierte Politik in Ostpreußen verfolgen, und führt unberechtigterweise darüber Klage, daß keine französischen Truppen an der Besetzung teilnähmen. M.

Neues vom Deutschtum in Groß-Rumänien. Rudolf Brandtsch, Abgeordneter im rumänischen Parlament und Vertreter

der Deutschen Siebenbürgens, erklärte in Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Abeverul“: Die Sachsen Siebenbürgens sind mit der jetzigen Politik der Rumänen nicht zufrieden. Es läßt sich nicht leugnen, daß heute durch unser ganzes Volk ein Gefühl tiefer Unlust und verärgerter Unzufriedenheit geht. Daß eine solche Volksstimmung die Arbeit der Politiker hemmt und erschwert, liegt auf der Hand. Ihre Gründe müssen daher erkannt, und, wenn möglich, enisfernt werden. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich als Hauptursache der Verdrossenheit unseres deutschen Volksteils in Rumänien die mangelnde Rechtsicherheit bezeichne. Unsere gesamte nationale Existenz entbehrt heute noch jedes gesetzlichen Bodens. Da sind die Beschlüsse von Karlsburg, deren Erfüllung in Form von Gesetzen wir erhoffen. Bis heute fehlen aber auch nur die Ansätze hierzu. Wir sehen, wie von verschiedenen Seiten Zusagen gegen die Erfüllung gemacht werden und gegen die Nationalitäten, also auch gegen uns Deutsche gehegt wird. Wir wissen, daß untergeordnete Organe auf Schritt und Tritt den Geist von Karlsburg vermissen lassen. Wenn Verordnungen erscheinen, die uns die Angabe von Namen und Beruf in der Muttersprache auf dem Firmenschild verbieten wollen, so fragen wir uns, wo liegt hier System und Plan. Die allgemeine Unsicherheit greift auch auf das Privateigentum über. Kaum haben wir uns mit dem Gesetz über die Bodenreform abgefunden, spricht man von Abänderungen dieses Gesetzes. Dazu kommt, daß Zensur und Verlagerungszustand fort dauern, auch in Gegenden, wo dies nicht notwendig ist. Man

hat den Militärbehörden gegenüber das Gefühl absoluter Schutzlosigkeit. Wenn diese Dinge nicht aufhören, werden die Deutschen mit dem rumänischen Staate nicht zufrieden sein.

Diese Äußerungen des bedeutenden Deutschenführers in Rumänien sind von außerordentlicher Wichtigkeit. Man erkennt, wie die Deutschen unter den verworrenen innerpolitischen Zuständen Großrumäniens zu leiden haben. Die Versprechungen, die von den Rumänen gemacht wurden, als sie die Siebenbürger Sachsen zu sich herüberziehen wollten, sind noch nicht erfüllt. Sollte Rumänien etwa dieselbe Politik gegenüber den Nationalitäten verfolgen wie Ungarn bis zu seinem Zusammenbruche? In den Zeiten der Not versprechen, die Erfüllung der Versprechen auf die lange Bank schieben und bei innerer Festigung des eigenen Staates die Deutschen aufs schwerste bedrücken? Das Schicksal Ungarns sollte doch eine Warnung sein. Man kann nicht ungestraft die Rechte der Minderheiten mit den Füßen treten. Die Hoffnung steht allerdings noch offen, daß die jetzigen Zustände nur vorübergehend sein werden, daß Rumänien aus dem Zusammenbruch Ungarns gelernt hat, daß es seine Versprechungen einlöst und die Minderheitsrechte der Deutschen gesetzmäßig festlegt. Der eigene Vorteil fordert es gebieterisch: die Deutschen bilden die intelligenteste, fleißigste und ordnungsliebendste Bevölkerungsschicht im jungen großrumänischen Staate. Nur aus dem Zusammenwirken aller Bevölkerungskreise kann ein Staat aufgebaut werden, dessen Existenz sichersteht. G. M.

